

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss Tischvorlage		
<u>Bericht / Mitteilung</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
07.09.2017	Umweltausschuss		K		

Berichtsgegenstand

Stickstoffdioxid-Grenzwertüberschreitungen in Oberhausen – Aktuelle Situation und Handlungsmöglichkeiten

1

Sachdarstellung

3

Aktuelle Situation

4 Aufgrund der in vielen Städten auftretenden Grenzwertüberschreitungen bei den
5 gesundheitsschädlichen Stickstoffdioxidbelastungen hat es in diesem Jahr Gerichtsentscheidungen
6 gegeben, die die Städte auffordern Fahrverbote für stark emittierende Dieselfahrzeuge zu prüfen und
7 diese auch mit Ortsrecht umzusetzen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die die Gerichtsverfahren
8 initiiert hat, hat wegen der Grenzwertüberschreitungen in Oberhausen noch keine Klage eingereicht,
9 hat aber mit Schreiben vom 24.08.2017 die für die Luftreinhalteplanung verantwortliche
10 Bezirksregierung aufgefordert, bis zum 21.09.2017 ein Maßnahmenkonzept vorzulegen, da sie
11 ansonsten ebenfalls den Klageweg beschreiten werde. Die Stadt Oberhausen muss sich hierzu bis
12 zum 14.09.2017 gegenüber der Bezirksregierung äußern. Gleichzeitig fand am 04.09.2017 im
13 Bundeskanzleramt der sog. „Kleine Dieseltreffen“ unter Beteiligung einiger Ministerpräsidenten und
14 OberbürgermeisterInnen statt, an dem auch Herr Oberbürgermeister Schranz teilgenommen hat.

16

17 Die kurzfristige und dynamische Entwicklung bei diesem Thema macht es erforderlich, den
18 Umweltausschuss hierüber in Form einer Tischvorlage zu informieren.

19

Hintergrund

20 Für das Jahr 2016 wurde durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-
21 Westfalen (LANUV) an der aktiven Messstation auf der Mülheimer Straße ein Jahresmittelwert für
22

Bereichsleiter Bereich 2-2 Umweltschutz	Dezernat 4 Umwelt, Gesundheit ökologische Stadtentwicklung und -planung	Kämmerer	Oberbürgermeister
Werntgen-Orman 07.09.2017	Lauxen 07.09.2017	Datum	Datum
* Vorlage zur: * Ergebnis : Beteiligung:			
Kenntnisnahme (K)		Personalrat []	
		Gleichstellungsstelle []	

Drucksache Nr.: M/16/2889-01 / Seite 1 von 7

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

23 Stickstoffdioxid (NO₂) von 48 µg/m³ gemessen. Seit 2006 (68 µg/m³) wurde zwar eine kontinuierliche
24 leichte Abnahme der Schadstoffbelastung für NO₂ gemessen, der Grenzwert von 40 µg/m³ wird aber
25 nach wie vor nicht eingehalten.

26
27 2006 wurde ein erster Aktionsplan mit Maßnahmen für die Mülheimer Straße erarbeitet. Mit den
28 Luftreinhalteplänen 2008 und 2011 wurden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der
29 Belastungssituation in Oberhausen entwickelt. Insgesamt wurden über 50 Maßnahmen in
30 Oberhausen zur Reduzierung der Feinstaub (PM10)- und NO₂-Belastung umgesetzt. Zu diesen
31 Maßnahmen zählen u.a. die Umweltzone, Lkw-Fahrverbote und -Lenkungskonzepte, die
32 Modernisierung der Fahrzeugflotten (Stadtverwaltung, Tochtergesellschaften, Verkehrsbetriebe),
33 Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) und Berücksichtigung der
34 Schadstoffbelastungen in der Bauleitplanung. Die Grenzwerte für die Feinstaubbelastung können auf
35 Grund der ergriffenen Maßnahmen an der Mülheimer Straße seit 2013 auch eingehalten werden.

36
37 Dies ist bezüglich des einzuhaltenden Grenzwertes für NO₂ nicht der Fall. Zur Einhaltung des
38 Grenzwertes für NO₂ ist eine weitere Reduzierung um mindestens 8 µg/m³ notwendig. Da der
39 Hauptverursacher für NO₂ in der Mülheimer Straße der Straßenverkehr ist (s. Anlage), ist auch nach
40 Einschätzung des LANUV eine absehbare Einhaltung des Immissionsgrenzwertes ohne Reduktion
41 der Kfz-bedingten Emissionen nicht möglich.

42
43 Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen-Kommission
44 Im Juni 2015 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik
45 eingeleitet. Grund war und ist die Überschreitung der NO₂-Grenzwerte. Das Verfahren bezieht sich
46 auf bundesweit 28 Gebiete, in denen nach Ansicht der EU-Kommission die ergriffenen oder geplanten
47 Maßnahmen nicht ausreichen, um die Grenzwerte einzuhalten. Das Stadtgebiet von Oberhausen
48 bildet zusammen mit Duisburg und Mülheim an der Ruhr eines dieser 28 Gebiete. Die EU-
49 Kommission hat am 15. Februar 2017 ein letztes Mahnschreiben an Deutschland und vier andere
50 Länder versandt, weil sie es versäumt haben, die wiederholte Überschreitung der Grenzwerte durch
51 NO₂ in der Luft zu beenden. Im nächsten Schritt droht im Rahmen des EU-
52 Vertragsverletzungsverfahrens eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

53
54 Rechtsprechung der deutschen Verwaltungsgerichte
55 Nach Auffassung der Gerichte reicht es nicht mehr aus, einen Luftreinhalteplan aufzustellen, sondern
56 es müssen kurzfristig effektive Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Einhaltung des
57 Grenzwertes führen. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf (09/2016), der Bayerische
58 Verwaltungsgerichtshof (02/2017) und das Verwaltungsgericht Stuttgart (07/2017) fordern
59 Fahrverbote für stark emittierende Diesel zu prüfen und dieses auch mit Ortsrecht umzusetzen. Das
60 Land NRW hat gegen das Urteil des VG Düsseldorf eine Sprungrevision beim
61 Bundesverwaltungsgericht eingelegt, um klären zu lassen ob der Erlass von Fahrverboten auf Grund
62 der Straßenverkehrsordnung bereits heute zulässig ist oder nicht. Eine Entscheidung steht hier noch
63 aus. Das VG Stuttgart hat zu dieser Frage bereits ausgeführt: "..., dass das Verkehrsverbot mit dem
64 Instrumentarium der Straßenverkehrsordnung durchsetzbar sei. Mangels einer Bundesverordnung sei
65 die Beklagte rechtlich befugt und verpflichtet, das im vorliegenden Fall notwendige Zusatzzeichen auch
66 in Bezug auf den notwendigen Regelungsumfang selbst zu gestalten."
67 Zu der Frage der Verhältnismäßigkeit führt das Gericht aus: "Das Verkehrsverbot verstößt
68 insbesondere unter keinem denkbaren Gesichtspunkt gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit,
69 weil - wovon auch die Planungsbehörde ausgeht und was zwischen den Beteiligten deshalb unstrittig
70 ist - der Schutz der Rechtsgüter Leben und Gesundheit der von den Immissionen betroffenen
71 Wohnbevölkerung in der Umweltzone Stuttgart höher zu gewichten ist, als die dagegen
72 abzuwägenden Rechtsgüter (Eigentum und allgemeine Handlungsfreiheit) der von dem
73 Verkehrsverbot betroffenen Kraftfahrzeugs Eigentümer". Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, das
74 Land Baden-Württemberg kann Berufung bzw. eine Sprungrevision einlegen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

75 Anschreiben der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zur Änderung des Luftreinhalteplans für Oberhausen
76 Die DUH hat in einem Schreiben vom 24. August 2017 angekündigt, auch gegen die Bezirksregierung
77 Düsseldorf zu klagen, sollte sie nicht bis zum 21. September 2017 ein nachvollziehbares
78 Maßnahmenkonzept für die Stadt Oberhausen vorlegen, durch das eine Einhaltung der
79 Luftqualitätsgrenzwerte zum 1. Januar 2018 gegeben ist. Die DUH schlägt in ihrem Anschreiben
80 mehrere Maßnahmen vor, die sie in Oberhausen für unverzichtbar hält, um die Grenzwerte zum 1.
81 Januar 2018 einzuhalten:

- 82
- 83 - Einführung eines Fahrverbotes für Diesel-Kraftfahrzeuge, die die Euro 6/VI-Labor-Grenzwerte für
- 84 Stickoxide (NO_x) auf der Straße insbes. bei winterlichen Temperaturen nicht erreichen.
- 85 - Nachrüstung aller ÖPNV-Busse auf Euro VI Standard.
- 86 - Umwelttaxis
- 87 - Weitere notwendige bzw. in Oberhausen mögliche Maßnahmen (z.B. Umstellung der städtischen
- 88 Fuhrparke auf emissionsarme Fahrzeuge, Einführung eines Bürgertickets im ÖPNV, Tempolimit
- 89 30km/h in hochbelasteten Straßen, Einrichtung von Pfortnerampeln, Ausbau eines
- 90 flächendeckenden Radverkehrsnetzes)

91

92 Die Bezirksregierung Düsseldorf gibt der Stadt Oberhausen bis zum 14. September 2017 die
93 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag der DUH.

94

95

96 Vorschläge der Verwaltung für mögliche Maßnahmen in Oberhausen
97 Ziel der Stadt Oberhausen ist es, eine Klage und die durch richterlichen Beschluss durchzusetzenden
98 Dieselfahrverbote zu vermeiden. Deshalb werden in der Stadtverwaltung die nachfolgend
99 aufgelisteten Maßnahmen diskutiert. Einige dieser Maßnahmen sind bereits begonnen oder
100 beschlossen worden, andere befinden sich noch im Diskurs und müssen abgewogen werden. Bis
101 zum 14. September muss der Oberbürgermeister für die Stadt Oberhausen der Bezirksregierung ein
102 Maßnahmenbündel melden, dass eine Einhaltung der Grenzwerte zeitnah nachvollziehbar darstellt.

103

104 Weiterhin erwartet die Stadt Oberhausen, dass die auf dem kleinen „Dieselgipfel“ angekündigten
105 finanziellen Unterstützungen für die Kommunen schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt
106 werden.

107

108

109 **Verkehrsmanagement**

110

111 - **Lkw-Durchfahrtverbot Mülheimer Straße (ganztäglich)**
112 Alle Lkw werden ausgeschlossen, mit der Ausnahme von bestimmten Zeitfenstern für den
113 Anlieferverkehr. Diese Maßnahme muss konsequent von der Polizei kontrolliert werden.

114

115 - **Umweltorientiertes Verkehrsmanagement Mülheimer Straße**
116 Durch eine dynamische Verkehrssteuerung bzw. Verkehrsmengenbegrenzung wird nur so viel
117 Verkehr in die Mülheimer Straße gelassen, dass eine störungsfreie Abwicklung erfolgen kann. Die
118 Wirkung der Maßnahmen und Auswirkungen auf das angrenzende Straßennetz müssen durch
119 vertiefende Untersuchungen (Verkehrsumlegungsberechnungen, Simulation des Verkehrsflusses,
120 Leistungsfähigkeitsberechnungen) ermittelt werden.

121

122 - **Umleitung der Durchgangsverkehre**
123 Durch eine Bluetoothdatenerhebung wurde bereits ein reiner Kfz-Durchgangsverkehr von 22% in
124 Richtung Norden und 9% in Richtung Süden ohne Halt in der Mülheimer Straße ermittelt. Diese
125 Verkehre müssen über die Autobahnen geleitet werden bzw. auf der Autobahn gehalten werden.
126 Dazu sind Hinweisschilder an den Autobahnanschlussstellen anzubringen und zu betreiben.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

- 127 - **Betriebliches Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung Oberhausen**
128 Umsetzung der Maßnahme OB.6 „Mobilitätsmanagement in Oberhausen“ aus dem
129 Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011. Das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase
130 (voraussichtlich März/April 2018). Die Stadtverwaltung wird in einem zweijährigen Pilotversuch am
131 Technischen Rathaus in Sterkrade die Einführung eines zentralen Fahrzeugpools testen. Mit 24
132 Fahrzeugen, ÖPNV-Monatstickets und Dienstfahrrädern sollen CO₂, NO₂, PM10, Kosten und somit
133 auch Fahrten mit dem eigenen PKW eingespart werden. Bislang sind aus Kostengründen nur vier
134 Elektro-Fahrzeuge in dem Pool geplant, auf Grund der Ergebnisse des „kleinen Dieselpipfels“
135 erwartet die Stadt Oberhausen finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung einer
136 hundertprozentigen E-Flotte.
137
- 138 - **Aufstellung eines kommunalen Mobilitätskonzepts**
139 Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 09. Mai 2016 die Aufstellung eines gesamtstädtischen
140 Mobilitätskonzepts für die Stadt Oberhausen (Antrag: B/16/1656-01) beschlossen. Das
141 Mobilitätskonzept soll ein verkehrliches Leitbild mit Werte- und Handlungszielen für die nächsten
142 Jahre darstellen. Die Arbeiten wurden im August 2017 begonnen.
143
- 144 - **Nahmobilitätskonzepte**
145 Im Rahmen der integrierten Handlungskonzepte Sterkrade, Osterfeld und Alt-Oberhausen
146 (Brückenschlag) werden für die einzelnen Stadtteile Nahmobilitätskonzepte erarbeitet. Das Ziel
147 der Nahmobilitätskonzepte ist es, die Erreichbarkeit im Programmgebiet, die Aufenthalts-, Wohn-
148 und Lebensqualität und die Verbindungen zu den übrigen Stadtteilen sowie Nachbarstädten unter
149 Berücksichtigung aller Verkehrsarten zu verbessern. Zur Erhöhung der Lebensqualität und
150 Schonung der Umwelt wird eine Verlagerung von Fahrten mit dem MIV auf den Umweltverbund
151 sowie eine Aufwertung des Straßenraumes und der Fuß- und Radwegeverbindungen angestrebt.
152 Die veränderten Bedürfnisse und Anforderungen an die Mobilität, wie innovative Verkehrssysteme
153 (Car-Sharing, Elektromobilität) und der Wandel des Mobilitätsverhaltens, werden hierbei
154 berücksichtigt.
155 Die Nahmobilitätskonzepte Osterfeld und Sterkrade liegen im Entwurf vor und sollen bis Ende des
156 Jahres beschlossen werden. Die Fördermittel für das Nahmobilitätskonzept Alt-Oberhausen sind
157 beantragt.
158
159
- 160 **Elektromobilität**
161
- 162 - **City-Logistik**
163 Gespräche mit den Dienstleistern zur Umstellung der Flotte auf Elektrofahrzeuge (Lastenräder,
164 Lieferwagen, usw.) im gesamten Ruhrgebiet.
165
- 166 - **Flottenumstellung Tochterunternehmen.**
167 Gespräche mit der OGM, WBO über den Austausch geeigneter Fahrzeuge durch
168 Elektrofahrzeuge.
169
- 170 - **Taxiflottenumrüstung**
171 Die insgesamt 103 angemeldeten Taxen in Oberhausen sollen schnellst möglich auf E-Taxen
172 umgestellt werden. Den Anfang hat das Taxiunternehmen Donsbach gemacht. Das
173 Taxiunternehmen fährt bereits mit drei Hybridfahrzeugen.
174
- 175 - **Klimaschutzkonzept Elektro-Fahrzeuge**
176 Umsetzung einer Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept: In 2017/2018 werden sechs geleaste
177 Fahrzeuge des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) und ein Fahrzeug der Abfallberatung durch
178 E-Fahrzeuge ersetzt. Diese sollen in drei Phasen bis Mitte 2018 angeschafft werden und langfristig

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------------	--	------------------------------------	------------------------

vor allem durch die geringeren Strom- und Wartungskosten auch finanziell zu Einsparungen führen. Die Anschaffung wird über die Nationale Klimaschutzinitiative (50%) gefördert.

- **Elektrobusse STOAG**

Für das Jahr 2018 sind weitere drei E-Busse von der STOAG für den Einsatz auf der Linie 979 zwischen Oberhausen und Bottrop bestellt. Ein weiterer E-Bus wird auf dieser Linie von der Vestischen Straßenbahn GmbH eingesetzt. Insgesamt sind dann sechs E-Busse im Einsatz, davon fünf im Besitz der STOAG.

- **Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur**

Ein entsprechendes Konzept zur Erweiterung der Ladesäuleninfrastruktur für E-Fahrzeuge ist zu erstellen. Die EVO ist als Partner für den Ausbau zu gewinnen.

ÖPNV

- **Busflottenmodernisierung (SCRT-Filternachrüstung)**

Auf dem „Kleinen Dieselpipfel“ wurden Gelder zur Umrüstung der Busflotten in den Städten besprochen und in Aussicht gestellt.

Nach Auskunft der STOAG können 40 Fahrzeuge der aktuellen Flotte durch Selective Catalytic Reduction Technology (SCRT)-Filter umgerüstet werden. Bei den Fahrzeugen handelt es sich um EURO V- bzw. EEV (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle) -Fahrzeuge, die nach der Umrüstung dem EURO-VI-Standard entsprechen. Gleichzeitig werden die Verkehrsunternehmen der Nachbarstädte (Ruhrbahn, Vestische, DVG) aufgefordert, nach Möglichkeit Fahrzeuge mit EURO-VI-Standard auf dem Stadtgebiet von Oberhausen einzusetzen.

- **Machbarkeitsstudie Bürgerticket**

Gespräche mit dem VRR über die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Bürgertickets sollen geführt werden.

Radverkehr

- **Mit dem Rad zur Arbeit**

Die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ findet jährlich statt. Die Stadtverwaltung nimmt seit vielen Jahren teil und wird die Aktion auch in Zukunft bewerben.

- **Stadtradeln**

Die Stadt Oberhausen hat im Jahr 2017 zum dritten Mal am Projekt „Stadtradeln“ teilgenommen. Eine weitere Teilnahme in den nächsten Jahren ist vorgesehen.

- **Neubau, Ausbau und Instandhaltung von Radwegen und Bahntrassenradwegen wird weiter betrieben**

Die Anlage eines Rad- und Gehweges in der Ruhraue von Mülheim an der Ruhr nach Oberhausen als gewässernaher Lückenschluss des Ruhrtalradweges wird zurzeit vorbereitet. Berichterstattungen u. a. im Umweltausschuss folgen im Frühjahr 2018. Darüber hinaus sollen perspektivisch der sog. Styumer Pfad II sowie die „Flachglasstrecke“ zu Rad- und Gehwegen ausgebaut werden.

- **Regionales Radwegenetz Metropole Ruhr**

Der RVR arbeitet zurzeit mit allen Kommunen und Kreisen im Ruhrgebiet an einem regionalen, alltagstauglichen und hierarchischen Radwegenetz.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

231 - **Städtisches Radverkehrskonzept**

232 Im Rahmen der Aufstellung des Kommunalen Mobilitätskonzepts wird derzeit ein eigenstädtisches
233 Radverkehrskonzept zur systematischen Förderung des Radverkehrs inkl. Netzplanung für
234 Oberhausen erstellt.

235
236 - **Radverkehrsbeschleunigung**

237 Mit Hilfe einer automatischen Detektion soll der Radfahrer zukünftig an Lichtsignalanlagen (LSA) in
238 Oberhausen beschleunigt werden. Es ist mit einer Steigerung des Radverkehrsanteils, einer
239 nachhaltigen Verringerung des MIV und mit Einsparungen von Treibhausemissionen zu rechnen.
240 Der Radfahrer wird hierzu beim Anfahren auf die LSA frühzeitig erkannt und ein entsprechendes
241 Signalprogramm zur schnellen Grünschaltung initialisiert. Hierdurch können die Wartezeit
242 erheblich reduziert und die Reisegeschwindigkeit für den Radfahrer gesteigert werden, da eine
243 frühzeitige Erkennung des Radfahrers möglich ist und nicht erst ein Taster an der LSA betätigt
244 werden muss. Im besten Fall kann der Radfahrer die Signalanlage beim Eintreffen sogar ohne
245 Wartezeit sofort passieren. Mit Hilfe von Fördermitteln des Bundeswettbewerb Klimaschutz im
246 Radverkehr des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit werden
247 insgesamt dreißig Stellen mit der automatischen Detektion ausgebaut. Die Maßnahme befindet
248 sich derzeit in der Umsetzung und ist voraussichtlich bis Ende 2017 abgeschlossen.

249
250 - **Ausbau Radabstellanlagen**

251 Die Stadt Oberhausen ist bestrebt zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur auch das
252 Angebot an Radabstellanlagen weiter auszubauen. Insbesondere im Bereich von wichtigen
253 Verknüpfungspunkten sollen hochwertige Radabstellanlagen geschaffen werden.

254 Es wird zu prüfen sein, ob in den Zentren von Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld
255 Abstellanlagen für Anwohner bzw. Menschen die mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren zur Verfügung
256 gestellt werden können.

257
258 Die Stadt Oberhausen baut in Kooperation mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR) und
259 15 weiteren Kommunen im Rahmen des Verbundprojekt „VRRadbox Digital gesteuerte
260 Radabstellanlagen an Verknüpfungspunkten zum ÖPNV“ eine innovative und hochwertige
261 Radabstellanlage am Bahnhof Sterkrade. Das geplante Projekt soll dazu beitragen, den
262 Mobilitätsverbund dauerhaft durch die Bereitstellung hochwertiger Abstellanlagen für Fahrräder an
263 Verkehrsschnittstellen zu stärken. Integraler und innovativer Bestandteil des Vorhabens ist ein
264 elektronisches Schließsystem, welches sowohl Dauermietern wie auch spontan Mietern den
265 Zugang für einen kurzen Zeitraum erlaubt. Die Abfrage nach freien Stellplätzen und das
266 Reservieren eines Stellplätze erfolgt über eine Onlineplattform.

267
268 Das Projekt wird mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Bundeswettbewerb Klimaschutz im
269 Radverkehr des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
270 gefördert und muss bis Mitte 2018 umgesetzt sein.

271
272 - **Fahrradverleihsystem „metropolradruhr“**

273 Im Jahr 2016 wurden insgesamt 998 Ausleihen im Rahmen des Fahrradverleihsystems auf dem
274 Stadtgebiet von Oberhausen verbucht. Seit Mai 2017 kann das System zusätzlich von Mitarbeitern
275 der Stadtverwaltung für Dienstfahrten genutzt werden. Nach den zum jetzigen Zeitpunkt
276 vorliegenden Auswertungen, wird es zu einem weiteren Anstieg der Ausleihzahlen im Jahr 2017
277 kommen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/2889-01	Termin 07.09.2017	Umweltausschuss
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

279 **Photokatalytische Baustoffe**

280

281 - Unter Laborbedingungen konnte in der Vergangenheit eine Wirksamkeit von photokatalytischen
282 Baustoffen in Bezug auf den Abbau von Stickoxiden nachgewiesen werden. In einigen Städten
283 (u.a. Stuttgart, Bottrop) kommt das Material bereits versuchsweise im Straßenraum zum Einsatz.
284 Zu diesem Zeitpunkt sind der Verwaltung noch keine Ergebnisse zum Abbau von Stickoxiden an
285 den Belastungsschwerpunkten in den Städten bekannt. Sollten in der Zukunft positive Erfahrungen
286 deutlich werden, könnte das Material auch in Oberhausen an entsprechenden Stellen zum Einsatz
287 kommen.

288

289 Die Verwaltung beabsichtigt, der Bezirksregierung Düsseldorf die genannten Maßnahmen für die
290 Fortschreibung des Luftreinhalteplans vorzuschlagen mit dem Ziel, ein Klageverfahren und eventuelle
291 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Oberhausen zu verhindern.

292

293 **Kurzfassung**

294

295 Die Grenzwerte für NO₂ werden an der Mülheimer Straße weiterhin überschritten (48 µg/m³). Neben
296 dem eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission fordert die DUH eine
297 Fortschreibung des Luftreinhalteplans für Oberhausen und die Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte
298 ab dem 1. Januar 2018. Nach der aktuellen Rechtsprechung der deutschen Verwaltungsgerichte
299 drohen bei einer weiteren Überschreitung der Grenzwerte und einer Klage der DUH in der Folge
300 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Oberhausen. Um solche Fahrverbote zu vermeiden, sollen der
301 Bezirksregierung Düsseldorf denkbare Alternativmaßnahmen für Oberhausen benannt werden.

302

303

304

305 **Anlage1**

Anlage

Darstellung der berechneten prozentualen Beiträge der verschiedenen Verursacherguppen sowie des regionalen Hintergrundniveaus an der NO_x-Belastung („Kfz-Verkehr“ ist hier der Anteil des Straßenverkehrs an der urbanen Hintergrundbelastung)

